

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten*

**2005/2061(INI)**

4.10.2005

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zu der sozialen Dimension der Globalisierung  
(2005/2061(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Poul Nyrup Rasmussen

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt nachdrücklich den Bericht der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung (WCSDG) und schließt sich ihren Schlussfolgerungen an; erkennt die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit für die Sicherung von Arbeitsplätzen an und betont, dass die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeit – einschließlich der Rechte der Arbeitnehmer, des sozialen Schutzes und der Gleichstellung von Männern und Frauen – für die wirksame Ausrottung der Armut unverzichtbar ist, betont jedoch, dass dieses Ziel indessen in der Außenpolitik der EU und in der internationalen Handels-, Finanz- und Währungspolitik der Union nicht auftaucht; ist dementsprechend der Auffassung, dass die Verwirklichung einer „menschenwürdigen Arbeit für alle“ und einer „menschenwürdigen Alterssicherung für alle“ ein gemeinsames Ziel der Innen- und der Außenpolitik der Union sein sollte;
2. ist der Ansicht, dass die EU als globaler Akteur bei der Umsetzung der „Agenda für menschenwürdige Arbeit und menschenwürdige Alterssicherung für alle“ eine führende Rolle übernehmen müsste; betont, dass ein Minimum an Arbeitnehmerrechten und Sozialschutz als ein sozioökonomisches Fundament akzeptiert und anerkannt werden sollte, das langfristig gesehen jedem Land der Welt zum Nutzen gereichen dürfte und dass die Schaffung von Arbeitsplätzen, Beschäftigung und "menschenwürdiger Arbeit" idealer Weise so rasch wie möglich als neuntes Ziel der MDGs angenommen werden sollte;
3. unterstreicht die Unverzichtbarkeit der Kernarbeitsnormen der IAO und drängt darauf, dass die EU ihre umfassenden bilateralen Beziehungen nutzt, um deren Anwendung zu fördern; vertritt die Auffassung, dass die Einhaltung und Anwendung der Kernarbeitsnormen der IAO eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der WTO sein sollte und dass die IAO in der WTO einen Beobachterstatus erhalten sollte; ist außerdem der Ansicht, dass die Union ihre bilateralen Beziehungen zur Förderung der Umsetzung der Empfehlungen der WCSDG nutzen sollte, damit nicht infolge von Off-shoring und der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus der EU die Arbeit von Ausbeutungsbetrieben in der Dritten Welt übernommen wird, sondern qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden, die dazu beitragen, das Leben der Arbeitnehmer und ihrer Familien in den betreffenden Ländern zu verbessern; betont darüber hinaus, dass eine verantwortungsvolle Regierungsführung, solide und funktionierende Staaten, starke Zivilgesellschaften, demokratische Grundfreiheiten und ein produktiver sozialer Dialog eine grundlegende Voraussetzung dafür sind, dass Völker, Gesellschaften und Nationen von der Globalisierung profitieren können, und dass die Union dies in ihren bilateralen Beziehungen vorrangig berücksichtigen sollte;
4. betont, dass die politische Kohärenz zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und zwischen den an der wirtschaftlichen Governance und Entwicklung beteiligten globalen Institutionen – wie z.B. IWF, Weltbank, WTO, IAO und UNDP – von ausschlaggebender Bedeutung ist, um sicherzustellen, dass in den Entwicklungsländern Fortschritte erzielt werden und dass die Globalisierung für die Menschen auf der ganzen

Welt zu einer Chance wird; betont, dass diese Organisationen dieselben Ziele verfolgen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen; begrüßt deshalb die konkreten Vorschläge der WCSDG zur Verbesserung der politischen Kohärenz; begrüßt ferner die Absicht der Kommission, innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen für Kohärenz zu sorgen und in diesen Institutionen mit einer Stimme zu sprechen; unterstreicht, dass die EU als globaler Akteur weitaus mehr Wirkung entfalten kann, wenn sie in den multilateralen Institutionen Einigkeit demonstriert;

5. betont, dass zur Unterstützung des sozialen Fortschritts in der Dritten Welt eine gestärkte UNO für ein derartiges System unverzichtbar ist; ruft die Mitgliedstaaten deshalb auf, die laufenden Arbeiten zur Reform der Vereinten Nationen zu unterstützen; betont, dass ein neuer und gestärkter Wirtschafts- und Sozialrat – im Idealfall als Rat für menschliche Entwicklung mit der Befugnis, die Arbeit des IWF, der Weltbank, der WTO und der IAO sowie des UNDP und des UNEP zu koordinieren – notwendig ist, um die zur Verwirklichung der MDGs erforderliche politische Kohärenz zu gewährleisten und ganz allgemein die Globalisierung zu einem Mittel für den sozialen Fortschritt zu machen.

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Soziale Dimension der Globalisierung
<b>Verfahrensnummer</b>	2004/2061 (INI)
<b>Federführender Ausschuss</b>	EMPL
<b>Mitberatender Ausschuss</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 12.5.2005
<b>Verstärkte Zusammenarbeit</b>	
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Poul Nyrup Rasmussen 19.4.2005
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	14.9.2005      4.10.2005
<b>Datum der Annahme der Vorschläge</b>	4.10.2005
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	Ja-Stimmen:            39 Nein-Stimmen:        1 Enthaltungen:        3
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Panagiotis Beglitis, Bastiaan Belder, Monika Beňová, Elmar Brok, Philip Claeys, Simon Coveney, Anna Elzbieta Fotyga, Jas Gawronski, Ana Maria Gomes, Alfred Gomolka, Richard Howitt, Jana Hybášková, Anna Ibrisagic, Toomas Hendrik Ilves, Ioannis Kasoulides, Helmut Kuhne, Joost Lagendijk, Vytautas Landsbergis, Francisco José Millán Mon, Annemie Neyts-Uyttebroeck, Justas Vincas Paleckis, Tobias Pflüger, João de Deus Pinheiro, Bernd Posselt, Raúl Romeva i Rueda, Libor Rouček, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Gitte Seeberg, Marek Maciej Siwiec, István Szent-Iványi, Paavo Väyrynen, Inese Vaidere, Ari Vatanen, Jan Marinus Wiersma, Karl von Wogau, Luis Yañez-Barnuevo García, Josef Zieleniec
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Árpád Duka-Zólyomi, Jaromír Kohlíček, Rihards Pīks, Aloyzas Sakalas, Inger Segelström, Csaba Sándor Tabajdi
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	